Nr. 3. II. Jahrg. 21 Januar 1898

Die Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notenstecher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Senefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

Abonnement.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 2573.)
Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

Redaktion und Expedition.
Redaktion, Druck und Verlag: **Konrad Müller, Schkeuditz-Leipzig**, wohin alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.
Redaktionsschluß: Dienstag.

Insertion.
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinsanzeigen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die Abrechnung von der Lohnbewegung haben noch immer nicht eingesandt: **Coblenz, Glogau, Heilbronn, Lahr, Mannheim, Schlettau, Mainz, Zwickau** und **Elbing.** Wir werden nunmehr anfangen, die gesamte Abrechnung **ohne** diese Städte zusammen zu stellen.

An alle Städte versandten wir Protokolle vom Londoner Kongreß; wir bitten diese jetzt, so weit es noch nicht geschehen ist, mit der Quartalsabrechnung abzurechnen.

Der Vorstand.

Wie kann die technische Erziehung unter den Arbeitern am besten erreicht werden?

Der Lehrer der lithographischen Zeichenschule, Mr. Baxter, in London hat über dieses Thema folgenden Artikel in dem Fachblatt der Steindrucker von Amerika veröffentlicht:

„Ehe wir die besten Mittel bestimmen können, welche die technische Erziehung unter den Arbeitern erwecken, ist es notwendig, daß man vollständig die Gefühle kennt, welche die Arbeiter diesem Punkte gegenüber hegen. Da ich selbst als Lithograph in einer Druckerei beschäftigt und auch Lehrer an der lithographischen Zeichenschule bin, kann ich wohl beanspruchen, aus Erfahrung über diesen Punkt zu sprechen; die Eindrücke, welche ich gesammelt habe, bin ich bestrebt, hier wieder zu geben. Vor zehn Jahren war die Stellung der Arbeiter gegenüber den technischen Schulen vollständig feindlich, aber glücklicherweise sind diese Ansichten fast ganz verschwunden und es ist erfreulich zu wissen, daß gegenwärtig hierüber viel günstiger geurteilt wird, hauptsächlich in London. Dies ist besonders der weisen Leitung der technischen Erziehungsschule des Londoner Grafschaftsrates zu verdanken. Ziehen wir aber das ganze Land in betracht, so würde es töricht sein, wollte man versichern, daß alle Vorurteile verschwunden sind.

Zu allererst ist der Einwand, die technischen Schulen werden den Beruf mit Arbeitern überladen, infolgedessen die Löhne verschlechtern und die Zahl der Arbeitslosen vergrößern, ein Gefühl, welches von Gewerkschaftlern und Nichtgewerkschaftlern gepflegt wird und welches sehr deutlich zum Ausdruck kam auf der Konferenz der Buch-, Papier- und Druckereigewerkschaften in Spring-Gardens am 4. Juli 1894. Ich werde hier nicht versuchen diese Stellung zu rechtfertigen oder zu widerlegen, es genügt zu wissen, daß dieses Gefühl ein Hindernis ist für die technische Erziehung und als solches muß es abgeschafft werden. Ich glaube aber, daß die obengenannte Konferenz viel dazu beigetragen hat, die schon bestandene Meinung der Freunde von technischen Schulen zu bekräftigen. In einem Teile hat die Londoner Behörde durch ihre Handlungsweise gezeigt, daß sie vollständig diesen Gefühlen nachgekommen ist, indem sie die Bestimmung getroffen hat, daß nur diejenigen Unterricht in einer von ihr unterstützten Schule erhalten sollen, welche wirklich in dem Beruf thätig sind; ebenso haben auch die Arbeiter Teil an der Leitung der Schule. Die lithographische Zeichenschule in London wird von einem Komitee geleitet, welches von und aus dem Fachverein der Lithographen gewählt wurde, und ferner aus dem Repräsentanten der technischen Erziehungsbehörde des Londoner Grafschaftsrates. Dies Komitee hat die Geschäftsführung angenommen, daß nur diejenigen in der Schule aufgenommen werden, welche in lithographischen Anstalten oder im photographischen Beruf beschäftigt sind, aber das Komitee entscheidet darüber, wie lange Zeit der Betreffende schon gelernt haben muß. Diese Anwendung der Beschränkung hat so viel dazu beigetragen, um das Vertrauen aller im lithographischen und photographischem Beruf Beschäftigten zu gewinnen, mit dem Erfolg, daß $^1/_5$ der Beschäftigten obengenannter Zweige in London die Institution besuchen, ein Prozentsatz dessen sich wenig Berufe in oder außerhalb Londons rühmen können.

Zweitens besteht ein Mangel an Vertrauen zu der Tüchtigkeit des Lehrers und den praktischen Wert dieser Schulen überhaupt. Diese Schwierigkeit kann nur überwunden werden (wie es in London geschehen ist) von den Verwaltungskörpern, wenn sie Arbeiterorganisationen in ihr Vertrauen hineinziehen.

Ein solches Komitee, welches zusammengesetzt ist aus Vertretern der Berufs-Organisation, welches gewählt wurde, weil die betreffenden Mitglieder in ihrem Berufskreise als maßgebende Leute bekannt sind, müssen es von ihrer Stellung aus besser beurteilen können, ob der gegebene Unterricht in der Schule nützlich ist, als ein Komitee, welches von ehrenwerten Herren zusammengesetzt ist, die nichts von der Technik des Berufes verstehen, sondern nur Schützer der Einrichtung sind, ein oder zwei Prinzipale die in der Regel auch nicht viel mehr wissen und ein oder zwar Professoren.

Ich weiß, daß Komitees dieser Art bitter enttäuscht wurden betreffs der Wahl ihrer Lehrer und sie sind vollständig der Gnade irgend eines Charlatans überliefert, welcher sich grade um die Stelle bewirbt.

Dies kann sich nicht ereignen bei einem Komitee aus praktischen Leuten bestehend, welche durch ihre Kenntnisse im Beruf befähigt sind die Tüchtigkeit der betreffenden Bewerber mit sehr wenig Mühe zu bestimmen. In allen Fällen, wo nur technische Arbeit gelehrt wird, sollte der Lehrer ein praktischer Arbeiter sein, welcher in beständiger Berührung mit jeder neuen Entwickelung seines Arbeitszweiges steht; alle Klassen, wo die Arbeit künstliche Geschicklichkeit erfordert, sollten unter der General-Aufsicht eines ersten Künstlers stehen. Alle Klassen, wo die Arbeit wissenschaftliche Kenntnisse erfordert, sollten unter der General-Aufsicht einer ersten wissenschaftlichen Kraft gestellt werden. Dies würde sichern, daß die Arbeit auf einem hohen intellektuellen Standpunkt gehalten wird und es würde die beste Methode sein, um einen gesunden Unterricht auf künstlerischen und wissenschaftlichen Prinzipien mit bester praktischer Erfahrung zu erzielen. Daß es eine Schwierigkeit sein mag, Arbeiter zu finden, die die Fähigkeit haben, zu lehren, will ich zugeben, aber nichts desto weniger giebt es solche Leute und können gefunden werden und es ist außer Zweifel, daß, wenn die technische Erziehung eine unerläßliche Bedingung wird, auch diese Schwierigkeit verschwindet.

Die Verbesserungen in der Lithographie und im photographischen Druckverfahren sind, betreffs der Manipulation, von den Arbeitern selbst gemacht. Oftmals sind sie schon lange Zeit vorher gemacht, ohne allgemein bekannt zu sein und folglich sind es nur einige, denen der Vorteil zu nutze kommt. Es ist die Pflicht des Lehrerstabes, fortwährend nach jeder neuen Methode der Arbeit auszuschauen und die Berufsschule zu einer „Universität des Berufes" zu machen. Wenn dies auf einmal könnte erreicht werden, würden wir nicht mehr hören, daß „zu theoretisch" gelehrt wird. Ehe den Lehrlingen dieser Unterricht selbst etwas nützt, müßten einige Abmachungen mit den Prinzipalen getroffen werden, um ihnen zu erlauben, das Geschäft wenigstens zwei halbe Tage in der Woche zum Schulbesuch frei zu geben. Sagen wir, die Lehrlinge würden um $6^1/_2$ Uhr die Arbeit verlassen und würden die Schule zwei mal die Woche je zwei Stunden besuchen, so würden sie bei regelmäßigem Besuch in zwölf Wochen das erreicht haben, was sie in einer Woche ungefähr erreichen können. Ein Tag in jeder Woche sollte in dem Lehrkontrakt jedes Burschen freigegeben sein und die Schulkomitees sollten beständig danach streben, diesen Punkt zu erreichen.

Zum Schluß würde ich zu folgenden Punkten raten:

1. Alle Behörden für technische Erziehung sollten in Verbindung treten mit den Berufsorganisationen, von der Ansicht ausgehend, daß beide Körperschaften vertreten sein müssen.
2. Alle Lehrer der technischen Schule sollten praktische Berufsarbeiter sein.
3. Alle Klassen sollten unter der Oberaufsicht von Professoren der Kunst oder der Wissenschaft stehen.
4. Es sollten ernstliche Anstrengungen gemacht werden, um mehr freie Zeit für die Lehrlinge zum Studium der technischen Schule zu erreichen.

Könnten diese Anregungen verwirklicht werden, ich glaube, daß die technische Erziehung die vereinigte Unterstützung der Komunen erfahren würde, ohne welcher für die Nation niemals das erreicht werden kann, was wir so sehr wünschen."

R. Sch.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Gefahr.

Nachstehendes Aktenstück hat ein günstiger Wind dem „Vorwärts“ auf den Redaktionstisch geweht:

Vertraulich! Berlin, den 11. Dezember 1897.
Der Reichskanzler.
(Reichsamt des Innern.)
II 2916.

In letzter Zeit ist in der Tagespresse und Fachlitteratur wie in Vereinsversammlungen die Frage lebhaft erörtert worden, ob nicht angesichts der durch die Arbeiterbewegung der letzten Jahre gelieferten Erfahrungen von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu verlangen sei.

Dabei sind mehrfach Bestimmungen für erforderlich erklärt worden, wie sie seitens der verbündeten Regierungen im Jahre 1890 in dem Entwurfe der Gewerbeordnungs-Novelle (Reichstags-Drucksache 1890 Nr. 4) zur Erweiterung und Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 a. a. O. vorgeschlagen, damals aber vom Reichstage mit erheblicher Mehrheit, zum teil aus Bedenken grundsätzlicher Art, abgelehnt worden sind. Bei der Wichtigkeit der Sache scheint es geboten, an der Hand der bisherigen Erfahrungen diese Frage einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen und dabei insbesondere zu prüfen, ob sich nicht das Bedürfnis herausgestellt hat, bei Arbeiterausständen den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigung und Einschüchterung seitens der Ausständigen oder anderer für diese eintretenden Personen einen kräftigeren Schutz als bisher zu leisten

Erhebungen hierüber gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte dürften ein wertvolles Material um deswillen erwarten lassen, weil die letzten Jahre, namentlich 1896 und 1897, an Ausständen und Aussperrungen in verschiedenen Gewerbezweigen besonders reich waren, das . . . . Ministerium beehre ich mich hiernach um eine gefällige vertrauliche Aeußerung über die nachstehenden Fragen zu ersuchen.

I. Ist gegenwärtig eine Wiederaufnahme der in der Gewerbeordnungs-Novelle vom Jahre 1890 zu § 153 gemachten Abänderungsvorschlägen geboten und zwar sowohl zur Erweiterung der strafbaren Thatbestände als auch zur Verschärfung des in Anwendung zu bringenden Strafmaßes.

Welche inzwischen hervorgetretenen Erscheinungen sprechen besonders für ein solches Vorgehen?

1. Ist es häufiger unternommen worden, Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehrverletzungen oder Verrufserklärungen zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit zu hindern, ohne daß es sich dabei nachweisbar um Verabredung und Vereinigungen der im § 152 bezeichneten Art handele? Sind gleiche Wahrnehmungen gemacht worden hinsichtlich widerrechtlicher Einwirkungen auf Arbeitgeber, sei es um sie zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen, oder um sie an der Annahme solcher zu hindern?

Konnte in derartigen Fällen eine Bestrafung nach den allgemeinen Strafgesetzen stattfinden oder mußte eine Bestrafung unterbleiben, weil der ausgeübte Zwang nicht eine Verabredung zum Zwecke hatte und aus diesem Grunde § 153 der Gewerbeordnung unanwendbar war?

2. Hat sich das im § 153 vorgesehene Strafmaß als ausreichend erwiesen, um auch schwerere Fälle der dort bezeichneten widerrechtlichen Einwirkung auf andere zur Durchführung von Arbeitseinstellung, Aussperrung ausreichend zu sühnen?

3. Waren in den letzten Jahren häufig Arbeitseinstellungen mit Kontraktbuch der Arbeiter verbunden und war in solchen Fällen vorher zur Einstellung der Arbeit öffentlich aufgefordert worden? War eine Bestrafung nach § 110 des Strafgesetzbuches unmöglich? Ist von einer Strafvorschrift gegen die öffentliche Aufforderung zur Arbeitseinstellung insbesondere, wenn diese widerrechtlich ist, eine Einschränkung der Streiks und des Kontraktbuches zu erwarten.

II. sind, abgesehen von der in der Novelle von 1890 zu § 153 enthaltenen Vorschlägen, weitere gesetzliche Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, um bei grundsätzlicher Aufrechthaltung der Koalitionsfreiheit der Anwendung unerlaubter Mittel zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten? Welche Vorschläge können in dieser Beziehung gemacht werden?

Besteht insbesondere nach den dortigen Erfahrungen ein Bedürfnis, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen und diejenigen zu strafen, welche, um Andere von der Aufnahme oder Festsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen; Arbeitswillige durch Reden oder Thätlichkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgerät rechtswidrig vorenthalten oder beiseite schaffen?

Einer gefälligen Aeußerung darf ich so rechtzeitig entgegensehen, daß nötigenfalls die weiteren Verhandlungen früh genug abgeschlossen werden können, um dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten eine neue Vorlage machen zu können.

In Vertretung:
gez. Graf Posadowsky.

Die um Auskunft gebetenen Ministerien werden nicht verfehlen, ihren Bericht so abzufassen, daß die Unzulänglichkeit des § 153 der Gewerbeordnung auf das schlagendste bewiesen und dessen Verschärfung als notwendig erklärt werden wird. Ob der Reichstag, der doch schließlich in seiner Majorität weiter nichts ist als eine Interessenvertretung der Unternehmerklasse, diesem erneuten Liebeswerben derer um Stumm Stand halten wird, das ist sehr fraglich.

Vorläufig hat das vertrauliche Rundschreiben des Grafen Posadowsky einen unschätzbaren Wert als Agitationsmittel der sozialdemokratischen Partei bei den kommenden Wahlen, nach deren Beendigung der Herr Verfasser wohl am längsten im Reichsamt des Innern gesessen haben wird.

Der Kampf d. englisch. Maschinenbauer.

Depeschen aus London bringen die Nachricht, daß die Forderung des 8-stündigen Arbeitstages von Seiten der Streikenden fallen gelassen ist und der Kampf seinem Ende entgegen gehe. Ueber die damit geschaffene Situation wird dem „Vorwärts“ aus London geschrieben:

Die Zurücknahme dieser Forderung bedeutet, daß auch die Sperre der drei ausgesuchten Londoner Firmen, die den Achtstundentag verweigert hatten, aufgehoben ist. Damit würde die vom Unternehmerbund verfügte Gegensperre sozusagen automatisch zu Boden fallen. Die Nachricht war verfrüht, aber es sind Verhandlungen im Gange, durch Zurücknahme der Streiknotiz die Prinzipale zu bewegen, den Gewerkschaften ein größeres Recht beim Arbeitsvertrag zuzugestehen, als dies auf der letzten Konferenz geschehen, und die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit entweder einem Schiedsspruch zu unterwerfen oder sie mindestens prinzipiell offen zu halten, bis die neuen Satzungen erprobt seien.

In erster Hinsicht sei folgendes bemerkt: Der Vorstand des Unternehmerbundes hat am Montag, den 10. Januar, ein Plakat zum Anschlag vor den Verbandswerkstätten herausgegeben, das die auf der letzten Konferenz aufgestellten Bedingungen enthielt, mit Noten dazu, in denen dieselben eine Auslegung erfahren, die den Wünschen der Gewerkschaften näher kommt, als irgend ein bisheriges Dokument von jener Seite. So verwahrt der Fabrikantenbund seine Mitglieder dagegen, eine besonders begünstigte Klasse von Arbeitern schaffen zu wollen, und erklärt er die Klausel, in der die Vorkehrungen gegen zukünftige Konflikte aufgezählt sind, dahin, daß Beschwerden von jedem etwa sich benachteiligt fühlenden Arbeiter individuell von der Gemeinschaft der Arbeiter der betreffenden Werkstatt „oder von den Vertretern der Gewerkschaft“ zur Verhandlung gebracht werden könnten. Diese beiden Punkte sind aber in der Stipulation selbst nicht so klar festgelegt, wie es die Gewerkschaften für notwendig halten. Sie wollen hier ganz sicher gehen und namentlich das Recht des Gewerkschaftsdelegierten zur Verhandlung mit den Unternehmern anerkannt wissen. Der Verein der Maschinenbauer hat daher eine Antwort auf das obige Plakat veröffentlicht, worin er auf die Widersprüche in demselben verweist und noch einmal erklärt, was er verlange, sei „das Recht der Vertretung bei Zwistigkeiten zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsmitgliedern inbezug auf Stück- oder Zeitlöhne, Arbeitszeit und Ueberzeitarbeit, sowie die Bezahlung für Extra-Anforderungen“. Darüber hinaus beansprucht er keine Einmischung in die Betriebsleitung. Er sei bereit, seinen Mitgliedern ans Herz zu legen, die besten Resultate aus den Maschinen zu erzielen, den Unternehmern das Recht der Verteilung der Arbeiten zuzuerkennen, die Frage der Arbeitszeit einem Schiedsspruch zu unterbreiten, und bestreite mit Entrüstung, Versuchen, die Produktion zu mindern, Vorschub geleistet oder den Werkführern bei Ausübung ihrer Pflichten gegen die Unternehmer Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu haben.

Es ist klar und ersichtlich, und wird zu dem von den „Daily News“ deutlich zu verstehen gegeben, daß diese Erklärung das Resultat von Besprechungen mit Vertretern der versöhnungslustigen Sektion der Fabrikanten ist. Sie enthält im Grunde alles, was von Seiten der Gewerkschaften zur Erzielung eines Friedensschlusses verlangt werden kann, und man darf annehmen, daß damit ein entscheidender Schritt zur Beilegung des so lange hingezogenen Kampfes gethan ist. Natürlich wird es mit gemischten Gefühlen aufgenommen, vielleicht auch noch etwas hin und her geplänkelt werden, aber alles spricht dafür, daß A. Sellicks, der Vorsitzende des Maschinenbauer-Vereins, der dieser Tage zur Verhandlung mit der großen Schiffsbaufirma Fairfield in Glasgow war, mit gutem Fug den Reportern erklären konnte: „Es wird nicht mehr lange dauern.“

In den letzten Tagen haben in Lancashire Fabrikanten bekannt gemacht, daß sie bereit seien, ihre ausgesperrten Arbeiter zu den im erwähnten Plakat auseinandergesetzten Bedingungen wieder einzustellen, doch müßten die Mitglieder der kämpfenden Gewerkschaften vorher aus denselben austreten. Auch wird von ernsthaften Versuchen gemeldet, Werkführer bezw. Vorarbeiter zum Austritt aus der Gewerkschaft und Eintritt in eine Privatversicherung zu nötigen. Das wären flagrante Verstöße gegen den Geist und Wortlaut des obenerwähnten Plakats. Als Entschuldigung könnte höchstens dienen, daß die Unternehmer sich während des Kampfes nicht durch dasselbe gebunden halten.

Korrespondenzen.

Bielefeld. Die hiesige Zahlstelle des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 8. Januar, abends 1/2 9 Uhr ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Der seitherige Bevollmächtigte, Kollege Kobusch, hat sein Amt niedergelegt und wurde mit der Führung der Geschäfte bis zur stattgehabten Neuwahl des Schriftführers Kollege Gremmelspacher betraut. Die Neuwahl des 1. Bevollmächtigten wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben, da ein Kollege, der für dieses Amt vorgesehen

Gottfried August Bürger.

Am 1. Januar 1898 sind es hundertundfünfzig Jahre her gewesen, daß ein deutscher Dichter geboren wurde, der zu den größten der Sturm- und Drangperiode, aber auch zu den unglückseligsten ihrer Opfer gehörte. Man kann die Lebens- und Leidensgeschichte dieses Dichters nicht betrachten, ohne tief ergriffen zu sein. Wir sehen eine geniale Dichternatur im Kampfe mit niedrigen Verhältnissen, einen feinempfindenden Menschen, der unter dem Druck grausamen Unglücks niemals zur Reife und Entfaltung gelangen konnte. In der ersten Stunde des Jahres 1748 zu Molmerswende in der Nähe von Halberstadt kam Bürger als der Sohn eines Predigers zur Welt. Der junge Bürger entwickelte sich sowohl körperlich als auch geistig nur sehr langsam; erst in seinem zehnten Jahre konnte er lesen und schreiben. Im Jahre 1760 brachte ihn sein Vater auf die Stadtschule zu Aschersleben. Hier lernte der Knabe wohl etwas Latein, machte aber viel lieber poetische Versuche, zu welchen auch ein beißendes Epigramm auf einen seiner Mitschüler gehörte, das Bürgers Versetzung auf das Pädagogium zu Halle zur Folge hatte. Dem Wunsche seines Großvaters folgend, bezog Bürger 1764 die Universität Halle, um Theologie zu studieren. Da dieses Studium seinen Neigungen jedoch durchaus nicht entsprach, so erlaubte ihm der Großvater, von dem er vollständig abhängig war, die Theologie mit der Jurisprudenz zu vertauschen, aus welchem Grunde Bürger 1768 die Universität Göttingen bezog. Eine Zeit lang trieb er seine Studien mit allem Ernste, kam aber dann durch seinen Verkehr mit dem berüchtigten Professor Klotz in derartig zerrüttete Verhältnisse, daß ihm sein Großvater alle Mittel entzog.

In dieser Zeit der Not wäre Bürger vollständig untergegangen, wenn es ihm nicht gelungen, in Heinrich Boie, dem Herausgeber des „Musenalmanach“ einen Freund zu finden, der ihn nicht nur über die dringendste Not hinweghalf, sondern auch seinem dichterischen Talente äußerst förderlich war. In Gemeinschaft mit seinen Göttinger Freunden studierte jetzt Bürger die besten Muster der alten und neueren Zeit. Die spanische Sprache erlernte er so eifrig, daß er nach kurzer Zeit schon infolge einer Wette eine Novelle in dieser schreiben konnte. Im zweiten Jahrgange des „Musenalmanach“ erschienen die ersten Gedichte Bürgers, u. a. auch das bekannte Lied: „Herr Bacchus ist ein braver Mann“.

Als Bürger endlich durch die Vermittlung seiner Freunde im Juli 1772 Amtmann auf dem Gute Altengleichen bei Göttingen wurde, ließ sich auch der Großvater versöhnen, besuchte ihn und zahlte die zur Deckung der Schulden und für die Kaution nötige Summe von 800 Thalern. Unglücklicherweise vertraute er jedoch das Geld einem Hofrat Liste an, durch welchen Bürger später mehr wie 700 Thaler von diesem Gelde einbüßte.

Zu Ende des Winters 1772 bis 1773 wurde Bürger durch das Bruchstück eines alten Volksliedes auf seine berühmte Ballade „Leonore“ gebracht. Durch dieses geniale Werk erwarb sich Bürger seinen ersten Dichterruhm.

Am 22. November 1774 schloß er jene verhängnisvolle Heirat mit Dorette Leonhard, welche für ihn durch eine Verkettung von Umständen zu einer Quelle namenloser Leiden wurde. Er selbst sagt hierüber in einem Briefe an seine spätere, dritte Frau: „Ich habe zwei Schwestern zu Weibern gehabt. Auf eine sonderbare Art, zu weitläufig um hier zu erzählen, kam ich dazu, die erste zu heiraten ohne sie zu lieben.“ Aus dieser Aeußerung schließen mehrere seiner Biographen auf die gänzliche Zügellosigkeit und schwankende Moral des Dichters, welcher doch von der Heirat hätte zurücktreten müssen, nachdem er eingesehen, daß er Dorette Leonhart nicht liebe. Aus den Briefen an Gleim geht jedoch hervor, daß Dorette dem Dichter anfangs durchaus nicht gleichgiltig war, erst später kam es zu Zerwürfnissen.

Thatsache ist jedoch, daß Bürger in einer entsetzlichen Doppelehe lebte, welche ihm das Leben unerträglich machte, umsomehr, als seine Gattin eine Frau mit hohen Geistesgaben war. Sie entschloß sich, öffentlich als sein Weib zu gelten, während ihre Schwester Auguste (Bürgers „Molly“) es in Wirklichkeit war. Durch die Geburt der Kinder wurde dieses Verhältnis noch verschlimmert — denn während seine anvertraute Gattin ihm drei Töchter schenkte, mußte die Geliebte nach Oberschlesien gehen, wo

ist, nicht anwesend war. Der seitherige Schriftführer, Kollege Gremmelspacher, wurde wiedergewählt und ebenso verblieb Kollege R. Kralemann, Bielsteinstraße Nr. 29, in seinem Amte als Kassierer. An Letzteren sind auch sämtliche Zuschriften zu richten. Die Abrechnung über das 4. Quartal 1897 ergab ein günstiges Resultat und wurde beschlossen, 50 Mk. an die Hauptkasse abzuliefern. Unter „Verschiedenes" wurde der Beschluß gefaßt, alle Vergnügungen, außer der Senefelder-Feier, dem hier seit 5 Jahren bestehenden graphischen Gesangverein zu überlassen. In Anbetracht des starken Zuwuchses der hiesigen Zahlstelle wurde ferner beschlossen, eine Bibliothek zu gründen und bitten wir zu diesem Zwecke den Hauptvorstand und die Zahlstellen um gütige Zuwendung von Büchern und überhaupt um diesbezügliche Unterstützung.

A. G.

Dresden. Bezugnehmend auf den unter „Musterkollegen„ bezeichneten Artikel in voriger Nummer, erkläre ich, daß selbiger Ausdruck, nur voll und ganz auf den Artikelschreiber L. N. selbst zurückfallen wird, meine Person niemals treffen kann, weiter persönlich mit L. N. einzulassen, ist mir der Raum d. Bl. zu kostbar und das Urteil zu fällen, überlasse ich der gesamten Kollegenschaft. Eine demnächst stattfindende öffentliche Versammlung, zu der ich Herrn L. N. auffordere, zu erscheinen, wird Aufklärung in der Sache bringen.

F. Kayenberg.

Hamburg. Mitgliederversammlung hiesiger Zahlstelle des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen am 8. Januar 1898. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Konferenz für Nordwestdeutschland", sprach sich die Versammlung für Abhaltung einer solchen Konferenz aus. Die dadurch verursachten Kosten sollen durch Sammellisten aufgebracht werden. Als Tagesordnung dieser Konferenz ist in Aussicht genommen: 1. Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung des Beitrages; 2. Verschmelzung mit dem Bund; 3. Agitation; 4. Unsere fernere Taktik bei späteren Lohnbewegungen. Unter Punkt 3: „Verschiedenes" teilt Kollege Sch. mit, daß durch einmütiges Vorgehen der bei der Firma C. Ludwig (Privatlithographie) beschäftigten Kollegen mit Ausnahme des einen Auchkollegen Rühl, und durch Entgegenkommen des Chefs bei der betr. Firma eine Bezahlung der Feiertage erreicht wurde. Kollege Sch. rügt hierbei das Verhalten des erwähnten Druckers Rühl, welcher als „treuer braver" und unorganisierter Arbeiter keine Forderung mit unterzeichnet und sich überhaupt an keiner Aktion der organisierten Kollegen beteiligt, vielmehr einem Vorgehen derselben immer nur hemmend im Wege steht. Die Erfolge jedoch, welche erreicht werden, kommen auch ihm immer zu Gute.

Hannover. Am 15. Januar tagte bei Straßner Lange Str. Nr. 2 die Monatsversammlung des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über: „Der Kampf um den Arbeitsvertrag in alter und neuer Zeit; Referent Gen. Brey, 2. Beratung über eventuelle Anträge zur Generalversammlung, 3. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und in vorgetragener Form angenommen war, erhielt der Referent zu seinem Vortrage das Wort. Derselbe erklärt in seiner gediegenen Vortragsweise, daß seitens der Arbeiter schon Kämpfe geführt wurden im Jahre 1600 z. B. ein solcher der Schuhmacher, Bäcker, ꝛc. Die Ursachen jener Streiks waren dieselben wie heute. Aber auch um die Beibehaltungs des „blauen Montags". Letzterer war früher allgemein als Ruhetag gebräuchlich und zwar als Gegenleistung für die ebenso allgemein gebräuchliche Sonntagsarbeit. Wir dagegen kämpfen jetzt nur um einen Feiertag und das ist bei uns der 1. Mai. Nachdem der Redner die Bedeutung der Organisation in packender Weise klargelegt und jedem Einzelnen an die Pflicht erinnert hatte, welche einem tüchtigen Gewerkschafts-Mitglied obliegt, schloß der Referent seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum 2. Punkt fordert der Vorsitzende die Anwesenden auf, Stellung zu nehmen zu der kommenden Pfingsten zu Frankfurt a. M. stattfindenden Generalversammlung. Kollege Sch. wünschte vor allen Dingen die Erhöhung der Beiträge, die Arbeitslosenunterstützung, die Verschmelzung des Deutschen Senefelder-Bundes mit der Organisation und die Arbeiterinnenfrage behandelt zu wissen. Auch die Sonderbestrebungen der Lithographen seien nicht zu vergessen. Kollege M. wünschte auch Stellungnahme zur Frage der Hilfsarbeiter. Zum 3. Punkt wurde vom Vorsitzenden St. auf die „Gr. Presse" Nr. 2 aufmerksam gemacht betreffs des Artikels von Hannover, unterzeichnet mit R. Es fand eine allgemeine Diskussion statt, und sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, die Beleidigung energisch zurückzuweisen. Es heißt in dem Artikel: Es kennzeichnet dies hauptsächlich den Charakter, wie man hier in Hannover, speziell im Verein der graph. Arbeiter Versammlungen abzuhalten pflegt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung der Zahlstelle Hannover der gr. Arbeiter und Arbeiterinnen steht in dem Artikel in Nr. 2 der „Gr. Pr." (Hannover) unterzeichnet mit R. eine Beleidigung der Zahlstelle Hannover und erklärte, daß solche Titulationen, wie der Artikelschreiber sie gebraucht hat, unter der jetzigen Leitung sowie unter der früheren nicht gefallen sind und weist die Verdächtigung entschieden zurück.

A. K., Schriftführer.

Nürnberg. Am 12. d. M. fand dahier im Vereinslokal „Goldene Rose" die Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Nachdem zum Andenken des verstorbenen Mitgliedes Fehr, Lithograph, sich die Anwesenden von den Sitzen erhoben und sodann unter Punkt 1, 9 männliche und 2 weibliche Mitglieder aufgenommen waren, hielt Kollege Ries zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Vortrag" ein vorzüglich ausgearbeitetes Referat über Trusts und Kartelle. Redner schilderte die Entstehung und Weiterbildungen dieser Kapitalistenringe in anschaulichster Weise dabei betonend wie gerade sie zeigen, daß mit ihnen der Kapitalismus am Ende seines Lateins angelangt ist, da sie die Produktion einzuschränken geneigt sind, wo sie sich naturgemäß steigern sollte, und gerade diese Monopole zeigen, wie leicht an Stelle der einzelnen Kapitalistenkliquen der Staat oder die Gesellschaft treten kann. — Zu Punkt 3 „Vereinsangelegenheiten" brachte der Bevollmächtigte, Koll. Schmidt, ein an uns gelangtes Flugblatt der Stuttgarter Sonderorganisation zur Verlesung, dabei tadelnd, daß hier gewissermaßen den Druckern der Vorwurf gemacht wird, daß sie nicht dafür gesorgt haben, den Lohn der Lithographen zu heben, dies sei Sache der Lithographen selbst, sie sollten sich bei Zeiten organisiert und dafür gesorgt haben, daß der Lohn höher gehalten wurde. Dessen ungeachtet müsse er dem Vorstand- und Ausschußbeschluß, betr. Entziehung der „Gr. Pr.", als Gewaltmaßregel verurteilen. Kollege Leist meint, wir alle, speziell die Drucker hätten wohl von Anfang einen Fehler gemacht, die Leute gleich zu bekämpfen, man hätte mehr Entgegenkommen zeigen sollen und hätte dann vielleicht einen Mittelweg gefunden (Sektionen.) Auch der Vorstand habe gefehlt, da 28 Wochen zu warten. Ungerecht sei von den Stuttgartern das Verlangen, daß eine Fachorganisation darüber bestimmen soll, wie hoch die Löhne jeder Kategorie zu sein haben, das richte sich nach der jeweiligen Konjunktur des einzelnen Berufes, gerade bei der jetzigen Konjunktur sei die Lauheit der Lithographen zu beklagen. Gleich den Stuttgartern müsse er die Sucht des Redakteurs der „Gr. Pr." tadeln, oft ohne Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, die Artikel redaktionell zu ändern, oft genug zum Aerger des Verfassers. Er hoffe, das Flugblatt werde die Lithographen zu größerem Interesse an der Organisation anspornen, sei es nun bei uns, oder im Sonderbund. Kollege Ries führt aus, es scheine, daß sich über den Beschluß eine starke Stimmung gegen die leitenden Personen des Vereins bemerkbar mache, es sei deshalb notwendig kurz noch einmal auf das Entstehen des Sonderbundes einzugehen. Redner schildert kurz die 96er Lohnbewegung bis zum Berliner Streik mit der bekannten Lohnskala, welche, wie ja Koll. Stropp (Lith.) in der „Gr. Pr." angeführt habe, direkt den örtlichen Verhältnissen angepaßt war, also kein Grund vorhanden war, die Lithographen als zurückgesetzt zu betrachten, was schon daraus hervorging, daß die Drucker schon früher für den 8-stündigen Arbeitstag der Lithographen eintraten. Man möchte sagen, weil fast bei allen Gelegenheiten die Drucker für die Lithographen die Kastanien aus dem Feuer holten, deswegen habe man jetzt die Sonderbestrebungen. Auch der Vorwurf, bei uns seien die Interessen der Lithographen nicht gewahrt worden, ist nicht wahr, die Lithographen haben sie selbst vernachlässigt, wie die Versammlungen beweisen. Die wenigen, welche an unseren Arbeiten teilnehmen, sind überzeugt, daß nur große allgemeine Organisationen von den zusammengeschlossenen Unternehmern etwas erreichen können; nach solchen Organisationen geht der Zug der Zeit und nur diejenigen, denen ein weiter Blick abgeht, können glauben, mit kleinen Sondervereinchen etwas zu erreichen. Sie sollen nur erst die Feuerprobe bestehen, so werde man das jämmerliche Bild, das sich darbietet, schon sehen. Man ging vom Vorstand so weit den Lithographen in Stuttgart nahe zu legen, eine Filiale für Lithographen zu gründen, ein ganzes Jahr sollten sie beitragsfrei sein, die „Gr. Pr." erhalten und anderes mehr. Doch dieser Vortrag wurde schnöde abgelehnt. Nachdem die Polemik in der „Gr. Pr." den denkbar persönlichsten Charakter annahm, sah man sich seitens des Vorstandes und Ausschusses veranlaßt, dem ein Ende zu machen. Wenn man den beiden Stellen das Recht absprechen wolle, derartige Bestimmungen zu erlassen, so stelle er fest, daß wir statuarisch verpflichtet sind, die General-Versammlungs-Beschlüsse durchzuführen, diese Gründungen seien aber gegen die General-Versammlungs-Beschlüsse. Wir haben ja kein Recht, solche neuen Vereine zu verbieten, aber auch keine Verpflichtung solchen, die von uns nichts wissen wollen, unser Organ zur Verfügung zu stellen, wir müssen Satz, Druck ꝛc zahlen und sollten uns von unsern Gegnern darin mit giftigen Pfeilen bearbeiten lassen? Recht sonderbar wäre es, wenn unsere Bekanntmachungen neben den der neuen Vereine in der „Gr. Pr." ständen, ein Konkurrenztreiben im eigenen Organ, das kann und darf nicht sein. Die Lithographen und Formstecher seien bei uns ausgetreten, weil angeblich der Verein keinen Zweck für sie habe, und wir möchten dann unser Organ benutzen lassen, um alles in den Schmutz ziehen und für jener Ansichten Propaganda machen zu lassen. Mit Mitgliedern diskutieren wir, aber Leuten, die von uns nichts wissen wollen, haben wir kein Recht, unser Organ zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Erwägungen sei der Vorstands- und Ausschußbeschluß hergeleit. Reigbert ist gleichfalls der Ansicht, daß der Kampf nur gemeinsam geführt werden kann, nachdem unser Beruf auf den allgemeinsten Verhältnissen fuße, kann man nicht einen herausgreifen und diesen unter Vernachlässigung der andern heben. Auch betr. der Presse, die von uns bezahlt würde, habe Ries Recht gehabt. Kollege Werthner führt aus: das im Flugblatt niedergelegte Programm zeige bei genauem durchlesen, daß die übrige Arbeiterschaft die Pflicht habe, dafür einzutreten, daß die Lithographen über sie erhoben werden; das sei falsch, da es den Verhältnissen widerspricht. Der Prinzipal frage nicht danach, wieviel mehr oder weniger Studien eine Arbeiterkategorie

---

sie einem Knaben das Leben gab. Was Göthe in seiner „Stella" so lebhaft zum Ausdruck brachte, daß drei Personen sich zu ihrer eigenen Rettung über die beengenden, eigensinnigen, weltlichen Schranken der Gesetze hinwegsetzten, — das erlangte in dem Leben Bürgers Wirklichkeit.

Durch die häuslichen Wirren wurde aber seine amtliche Stellung bedeutend erschüttert. Er war säumig in seinen Arbeiten, die Beschwerden gegen ihn häuften sich, so daß er gezwungen war, seine Stellung, zu welcher er überhaupt keine Neigung verspürte, aufzugeben. Seine Bemühungen, im preußischen Staatsdienste Anstellung zu erhalten, scheiterten an der Voreingenommenheit des Ministers von Zetlitz, welcher die Poeten nicht leiden konnte. Bürgers wirtschaftliche Verhältnisse wurden immer verwickelter; da er vom Geschäftsleben nichts verstand, geriet er durch unglückliche Spekulationen immer tiefer in Schulden. Am 30. Juni 1784 starb seine Gattin an der Schwindsucht. Gezwungen, sich einen anderen Beruf zu wählen, ging Bürger nach Göttingen, um daselbst den „Musenalmanach" herauszugeben und Vorlesungen über Aesthetik zu halten.

Hier verheiratete er sich mit seiner geliebten „Molly", der oben erwähnten jüngsten Schwester seiner verstorbenen Gattin. Das Glück war jedoch von kurzer Dauer. Am 9. Januar 1786 traf ihn der furchtbarste Unfall in seinem Leben, seine „Molly" starb an einem heftigen Fieber im Wochenbett. Durch diesen Schlag wurde Bürger anfangs vollständig niedergeworfen, er schien alle Kraft des Geistes und des Körpers verloren zu haben. Indessen suchte er sich doch wieder aufzuraffen, besonders nachdem er mehrere Reisen gemacht und neue Anregungen empfangen hatte. Verschiedene angefangene Werke wurden von ihm vollendet, sowie die Vorbereitungen zur Herausgabe seiner Gedichte getroffen. Im Jahre 1789 wurde der Dichter zwar außerordentlicher Professor, aber ohne Gehalt; seine Notlage wurde nur noch drückender.

In dieser Zeit schwerer Not that Bürger einen Schritt, der ihn vollends zum Untergang führte. Er erhielt aus Stuttgart ein Gedicht, in welchem ihm ein Mädchen, Esa Hahn, ihre Liebe gestand. Bürger antwortete und es entspann sich ein Briefwechsel, der im Oktober 1090 mit der Heirat endigte. Das „Schwabenmädchen", dieses „Kind der Unnatur", das ihm seine „Molly-Adonide" ersetzen sollte, zeigte sich jedoch bald als völlig charakterlos. Der Dichter überzeugte sich von der Untreue seiner Gattin und die Ehe wurde im März 1892 auf eine für Bürger recht schmerzliche Weise getrennt. Er war an Leib und Seele gebrochen, seine Gesundheit, sein Lebensmut war dahin, nur die Sorge um seine Kinder trieb ihn zu fieberhafter Thätigkeit. Zu allem Ungemach traf ihn nun noch die scharfe und ungerechte Beurteilung seiner Gedichte durch Schiller und gab ihm den Todesstoß. Es entwickelte sich bei ihm die Lungenschwindsucht und er konnte nun gar nicht mehr arbeiten.

O deutsches Dichterelend! Der Sänger unsterblicher Volkslieder erhielt nach zehnjähriger Lehrthätigkeit statt des lange ersehnten Professorgehaltes von der hannoverschen Regierung ein Bettelgeschenk von 50 Thaler, um vor dem Hungertode geschützt zu sein! — Am 8. Juni 1794 starb Bürger im Kreise seiner Freunde. So endete einer der besten, edelsten Volksdichter, ein Mann, der, obgleich stets mit widrigen Verhältnissen kämpfend, dennoch jene große Zahl der herrlichsten Lieder geschaffen hat. Man hat nicht mit Unrecht die stellenweis schwülstige Sprache seiner Balladen getadelt, im übrigen aber wirkte er geradezu bahnbrechend mit seinen Balladen, von denen neben „Leonore" „Das Lied vom braven Mann" und „Der wilde Jäger", die bedeutendsten sind. Neben diesen seinen Balladen können seine lyrischen Gedichte dem Besten eingereiht werden, was wir Deutsche auf diesem Gebiet besitzen. Wehmutsvoll sagte er von sich selbst:

„Zwar ich hätt' in Jünglingstagen
Mit beglückter Liebe Kraft,
Lenkend meinen Götterwagen
Hundert mit Gesang geschlagen,
Tausende mit Wissenschaft.
Doch des Herzens Los, zu darben,
Und der Gram, der mich verzehrt,
Hatte Trieb und Kraft zerstört;
Meiner Palmen Kerne starben
Eines bess'ren Lenzes wert."

F. H.

notwendig habe, ihm sind Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften maßgebend, hier sei das Groß der Lithographen indifferent, auch der Sonderorganisation gegenüber. Kollege Stahr frägt, ob sich betr. der „Gr. Pr.“ noch kein Mittelweg gefunden hätte, daß der Sonderbund diese abonniert und sich unserer Preß-Kommission zu unterwerfen hätte. Kollege Ries legt nochmals dar, daß der Beschluß betr. die „Gr. Pr.“ kein übereilter sei, sondern lange Verhandlungen haben stattgefunden. Koll. Leist tadelt nochmals, daß der Vorstand 28 Wochen wartete, worauf Kollege Ries erwidert, man habe von Anfang die Sache im Auge gehabt, doch immer auf eine gütliche Beilegung gedacht. Bevollm. Schmidt bestätigt dies, die Lithographen hätten keinen Grund, sich zu beschweren. Damit schließt die Diskussion. Zu einem weiteren Punkt, Abhaltung eines Maskenballes, erhebt sich bei der Abstimmung keine Stimme dafür, so daß derselbe für heuer unterbleibt. Sodann werden noch einige Angelegenheiten der Kollegen eines hiesigen Geschäftes, betr. die Zuschlagsprozente für Ueberstunden, besprochen und soll sich dieserhalb der Bevollmächtigte mit den Unternehmern in Verbindung setzen. Schluß der Versammlung 11 Uhr. G. St.

Hannover. Leider bin ich nochmals gezwungen, den Raum der „Gr. Pr.“ in Anspruch zu nehmen, da der Hannoversche R.-Korrespondent Behauptungen und Verdächtigungen in die Welt schleudert, die einer eingehenden Beleuchtung bedürfen. Hätte Kollege R. in seinem ersten Artikel wirklich so gehandelt, wie derselbe in Nr. 2 der „Gr. Pr.“ angiebt, nämlich „nur hinzuzufügen was Kollege Sch. weggelassen (?) hat“, so hätte schließlich niemand dagegen etwas einzuwenden gehabt, vorausgesetzt, daß derselbe bei der Wahrheit geblieben wäre. Und das ist leider nicht der Fall. Die erwähnten Gegengründe sind in dem Artikel in Nr. 53 nicht enthalten, wohl aber die Gründe gegen die Berschmelzung von Kollegen R., jedoch haben diese nichts mit dem Versammlungsbericht als solchen zu thun. Hier kommt lediglich in erster Linie der Versammlungsbericht in betracht und in zweiter Linie unsere Gegnerschaft. Aber dieses wirft eben Koll. R. kunterbunt durcheinander. Bezüglich der strittigen Aeußerung des Kollegen Sch. in jener Versammlung begiebt sich Kollege R. jetzt auf das Gebiet der Wortklauberei, ausgeschmückt mit persönlichen Anzapfungen. Auf dieses Gebiet ihm zu folgen, lehne ich ab. Aber in welcher leichtsinniger Weise Kollege R seine Behauptungen aufstellt, ergiebt sich aus der Ausführung in Nr. 2 mit dem Satze: „Kollege Sch. hat übrigens dem Schriftführer vorgegriffen, daraus ergiebt sich schon, wie wenig objektiv er bei seiner Sache ist.“ — Gleich nach Schluß jener denkwürdigen Senefelderbundesversammlung frug Kollege Sch. den Vorsitzenden in Gegenwart des Schriftführers A., ob über jene Versammlung ein Bericht an die „Gr. Pr.“ geschickt würde, worauf der Vorsitzende mit Nein antwortete. Fatal! Nicht war, Kollege R? Die weitere Mitteilung, daß sehr viele Kollegen im Senefelderbund, welche noch keine 30 Jahre alt sind, dieser Ansicht huldigen; nämlich einen eventuellen Streik nicht mitmachen würden, ist diskutierbar. Die Beweggründe hierzu können sehr verschiedener Art sein, nur müssen wir die Träger derselben deshalb in mehrere Kategorien teilen. Die traurigste Kategorie, selbst wenn dieselbe auch organisiert ist, bildet wohl jene, die ihre Klassenlage erkannt hat, aber aus Mangel an Opfermut oder sonstiger egoistischer Triebe ihre im Kampfe für Verbesserung ihrer Lage, oder wegen brutaler Behandlung, befindlichen Kollegen im Stich läßt, die lieber durch stilles Ergeben, gepaart mit etwas Heuchelei sich unter die väterliche Fürsorge ihres Arbeitgebers begeben und weiter Dufeln, eines Tags aber die Entdeckung machen, daß ihrer „so schwer errungenen“ Lebensstellung in 14 Tagen ein Ziel gesetzt ist. Gegen diese Musterknaben von Kollegen werden allerdings auch in Zukunft Kollege Sch. und Genossen ihre Zungenfertigkeit entfalten; wir werden uns keineswegs davon abhalten lassen, daß zu erreichen zu suchen was wir als zweckmäßig erkannt haben. Die weiteren Kategorien ein anderes Mal. Ob Kollege R. auch zu jenen Musterknaben gehört, entzieht sich meiner Beurteilung. Auch braucht Kollege R. durchaus keine Angst für eine Niederredung zu haben, wenn derselbe ehrliche Kampfesweise benützt, aber die jetzt schriftlich geleitete Polemik ist nicht danach angethan. Alles in allem genommen ist Kollege R. der merkwürdigste organisierte Drucker, der eine solche Langmut besitzt und die schrecklichsten Zustände in der Zahlstelle duldet, der bei allen organisatorischen Bestrebungen, womöglich seit Jahren recht weit abgestanden und dadurch die Lebenskraft der Organisation mit unterbunden hat. Kollege R. braucht sich deshalb durchaus nicht zu wundern, wenn derselbe zum konservativen Element gerechnet wird. Dieses Element ist aber zu einflußlos, um dauernd die Entwickelung zur großen festgegliederten Organisation, zum Wohle der Gesamtkollegenschaft zu verhindern.

Sch.

Innsbruck. In Nr. 52 der „Gr. Pr.“ vom vorigen Jahr unter Korrespondenzen befindet sich eine solche aus Wien über die Innsbrucker Organisation, unterzeichnet mit Franz Geßner und Gustav A. Heres, welche unsererseits eine Berichtigung erfordert, damit sich ein jeder Kollege selbst ein Urteil über diese Angelegenheit bilden kann. Es ist eine Unwahrheit, daß die Innsbrucker Organisation ein „Jux- und Spiel-Klub“ ist. Auch ist es nicht wahr, daß die drei angegriffenen Funktionäre Schuld tragen, daß am hiesigen Platze eine moderne Organisation nicht zu stande gekommen ist, weil 1. Malec erst später hier eingetroffen ist, 2. Kremser früher nur ein Mitglied war und 3. Zweifel doch früher allein schuld war, laut „Graph. Nachrichten“, Wien, vom 7. August 1897, Nr. 15, 3. Seite, unterzeichnet mit „Veritas“. Im übrigen lassen wir uns nicht betören und können nicht begreifen, daß uns die Wiener Kollegen in dieser Weise angreifen konnten, wenn wir auch ihnen gegenüber in oppositioneller Richtung stehen, waren und sind wir bis dato ehrliche Sozialisten geblieben, die nur das Beste für die Gesamtheit der Kollegen anstreben, worüber uns verschiedene Arbeiter-Vereine, denen wir stets angehörten, Beweise liefern können. Oder ist der Sozialismus, dessen Anhänger wir als Kinder derjenigen Organisation sind, die dem Ansturm der Bourgeoisie Widerstand leistet, so weit zum Absolutismus zurückgegangen, daß er nicht die freie Handlung einzelner, zum Vorteile der Gesamtheit duldet? Wir sind nach unserer besten Ueberzeugung vorgegangen, da wir uns schämen mußten vor jenen aufs Pflaster geworfenen Innsbruck durchreisenden Kollegen, nicht früher danach getrachtet zu haben, eine Zahlstelle hier zu gründen, um deren Hunger wenigstens auf kurze Zeit stillen zu können und falls sie indifferent waren, für die Organisation aufzumuntern. Wer uns also den Vorwurf macht, durch Gründung dieses Klubs die Gesamtinteressen geschädigt zu haben, ohne unsere Motive zu kennen, ist selbst derjenige, der die Interessen schädigt. Die Wiener Kollegen wurden von uns aufgefordert zu erscheinen, vielleicht in einem Tone, der ihnen nicht paßte, obwohl eine öffentliche Zusage, zu erscheinen, erfolgte, so ist doch noch niemand gekommen. (Siehe Briefkasten der „Gr. Nachrichten“, Nr. 22, 1397). Als Beweis dafür, daß wir reell vorgegangen sind, forderten wir zwei Reichsdeutsche Kollegen auf, ihre Mitgliedschaft nach Graz anzumelden, welches auch geschah. Warum ist nicht schon längst direkt vom Verbande in Innsbruck eine Zahlstelle der graphischen Arbeiter errichtet worden? Der Vorwurf, Feindseligkeiten zu schüren, trifft uns nicht, da genügend Kollegen stets an Ort und Stelle waren, um eine Filiale zu erhalten. Warum ist niemand von den Wienern oder Grazern gekommen, um dieselbe ins Fahrwasser zu bringen? Wenn in Marburg eine Zahlstelle bei 3 Kollegen bestehen kann, so war es in Innsbruck bei ca. 10 Kollegen desto leichter. Das sehr unangenehme Wort für die Wiener („Opposition“) rechtfertigen wir auf folgende Art: Es ist ein Mitglied hier, welches in einer österreichischen Provinz (selbst Org.) 6 fl. Aufnahmegebühr zahlte, ein Jahr Mitglied war, ohne auf verschiedene Bemühungen Statuten zu bekommen, ohne bei der Abreise Legitimation zu erhalten, viel weniger eine Unterstützung, außerdem noch trotzdem er eifriges Mitglied war, in Nr. 11, 1896 (Protokoll-Auszug) 1. Seite, 2. Spalte, als Mitglied verleugnet wurde, trotzdem sofort eine Postkarte zur Berichtigung abging, die in den Papierkorb wanderte. Auch war hier ein Mitglied, das ebenfalls zwei mal wahrheitsgetreue Berichte an die Graphischen Nachrichten in Wien sandte, die auch in den Papierkorb versenkt wurden. Einem Mitgliede, welches reisen mußte und an Orten (Mähren) konditionierte, wo keine graphische Organisation besteht, wurde trotzdem durch Herrn Schaffranek (Brünn) Mitgliedschaftskarte abverlangt und derselbe schnöde abgewiesen. Auch sind hier zwei deutsche Vereinsmitglieder, welche durch die öffentliche schroffe Behandlung von Seiten der Wiener kontra Innsbruck zur oppositionellen Einsicht gekommen sind, dieselben sandten am 20. November 1897 ihre Vereinsbücher von München nach Graz und haben diese bis heute noch nicht zurückerhalten. Unterdessen sind verschiedene Herausforderungen 2c. an die „Graphischen Nachrichten“ in Wien abgegangen, so unterm 29. Sept. 1896, 21. August 1897, 11. November 1897, welche ohne Erwiderung geblieben sind. Die Wiener stützen sich überhaupt uns gegenüber auf nicht stichhaltige Gründe und deshalb läße sich auch enträtseln, warum die Wiener unsere freie Reiseunterstützungs-Bekanntmachung ohne Adressen veröffentlichte. Von Budapest auf der Strecke gegen Wien erhielt s. Z. ein österreichisches Vereinsmitglied 50 kr. Reiseunterstützung (Protokoll-Auszug Troppau-Wyrostek). Wir werfen nun für die deutschen Kollegen die Frage auf: Ist die hiesige Organisation von selbst oder „aus Jux“ oppositionell oder hat sie jemand angetrieben? — Wir glauben jeder wird ohne weiteres das letztere annehmen. Den Wienern ist es allem Anscheine nach zu gering mit uns zu korrespondieren oder Zwistigkeiten zu schlichten; da wird vielmehr das ganze Jahr mit einem Arbeiter der Holzarbeiterbranche hinter unserem Rücken verhandelt, der uns gar nicht näher kennt, denn wenn es der Fall wäre, hätte er uns nicht so verschmarotzern können, da wir noch heute denselben Ideen huldigen, welche Betreffender früher hatte dieselben aber heute verleugnet. Die „Graph. Nachrichten„ wissen von uns in einer gewissen Art (Nr. 22, 1897) 5 kr. Rest zu verlangen, jedoch die Freimarke, welche wir für einen bestimmten Zweck nachsandten verschwand, wie wir überhaupt auf einen Brief vom 24. November 1897 warten. Zum Schlusse sei bemerkt, daß dieser wohl unüberlegte Schritt der Wiener Kollegen mehr der Gesamtheit geschadet hat als unser junger Klub, da sie uns gegenüber gar nicht als bewußte Sozialisten vorgegangen sind, deren Prinzip stets die Wahrheit und Gerechtigkeit ist, denn bevor sie uns aus den Reihen der Gesamtheit ausscheiden konnten, war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, die Stimmen der Angeklagten zu vernehmen und darnach erst dieselben zu verurteilen. Wir glauben mit diesen Zeilen die Wahrheit ans Licht gebracht zu haben und fordern hiermit die Wiener Kollegen auf, diesen Artikel ebenfalls zu veröffentlichen auf Grund des vorher in den „Graphischen Nachrichten“ erschienen Artikels „Zur Beachtung“, Nr. 1 d. J. Auf Wunsch sind wir zu weiterer Auskunft gern bereit.

Alois Kremser, Lithograph, d. z. Schriftführer.

Folgen weitere 11 Unterschriften.

Litterarisches.

In freien Stunden, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) Preis pro Heft 10 Pf. enthält in Nr. 50 und 51 die beiden Erzählungen von Rob. Schweichel „In Acht und Bann“ und „Die Weber von Obergelersdorf. — Ferner: „Gegen die Gemeinheit.“ Ein Gedicht von Hermann Lingg. — „Zwei Märchen“ von A. Strindberg. — Dies und jenes (Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen) — Witz und Scherz.

Daß Stil- und Formwidrigkeiten in schriftzeichnerischen Leistungen unseres heutigen Kunstgewerbes nicht zu den Seltenheiten gehören, ist eine bekannte Thatsache, die ihre Bestätigung selbst bei der Ausschmückung des neuen Reichstagsgebäudes gefunden, wo bei Inschriften dem Stilcharakter des ganzen Baues widersprechende Formen verwendet worden sind. Wenn auch gerade in letzter Zeit eine kleine Wandlung zum bessern zu konstatieren ist, so bleibt doch noch viel zu thun übrig, um diesen Zweig der zeichnerischen Kunst, der Jahrzehnte lang vernachlässigt worden, wieder zu voller Blüte zu bringen. In dieser Hinsicht dürfte ein neues Werk, auf das wir wiederholt gern empfehlend hinweisen, von außerordentlich günstigem Einfluß sein: Albert Schillers Schriftensatz giebt jedem unserer Fachgenossen wie jedem Kunstgewerbler überhaupt die beste Gelegenheit, sich mit den richtigen und stilgerechten Schriftformen vertraut zu machen und sie für seinen Beruf mit gutem Erfolge zu verwerten.

Der Münchener Hafnerstreik im Frühjahr 1897. Unter diesem Titel ist im Verlage von Max Ernst, München, eine 48 Seiten starke Schrift erschienen, in der die Hafner-Streik-Kommission Bericht erstattet über die Ursachen und den Verlauf des vorjährigen Ausstandes in München, unter besonderer Berücksichtigung des Verhaltens der Fachsektion der Hafner vom katholischen Vereine Arbeiterschutz, auch Streikbrecher-Organisation genannt. Die sehr lesenswerte Broschüre entrollt ein Bild über die Lage der Münchener Hafnergehilfen vor dem Streik und über ihre Unterhandlungen mit den Hafnermeistern.

Leopold II. von Belgien Von Bertrand. Verlag von Hans Baake, Berlin S., Preis 20 Pf. — Die vorliegende Broschüre giebt eine Uebersetzung einer in Belgin weit verbreiteten Schrift des bekannten Parteigenossen Bertrand, der Redakteur von „Peuple“ und Mitglied der belgischen Diputiertenkammer ist. An der Hand unwiderleglicher Dokumente wird hier ein Bild des Königs der Belgier und seines Vaters entworfen, das nach den Beleidigungsklagen Leopold II. gegen einige unserer Parteiblätter von besonderem Interesse sein wird.

Für die englischen Maschinenbauarbeiter

gingen bis 18. Januar ein, aus Baden 1. Rate Mk. 2. Berlin 6. Rate Mk. 47,70. Fürth 4. Rate Mk 30. Hamburg 3. Rate Mk. 17,50, durch Mohr Mk. 7,50. Jena 1. Rate Mk. 10,25. Iserlohn 1. Rate Mk. 7,60. Kosten 1. Rate Mk. 3,65. Leitelshain 1. Rate Mk. 12,10. München 7. Rate Mk. 50. Saalfeld 2. Rate Mk. 12,30. Stuttgart 3. Rate Mk. 15. Würzburg 1. Rate Mk. 7,90. Summa Mk. 216. bereits quittiert Mk. 1925,55. Summa Mk. 2141,55

Otto Sittler.

Briefkasten der Redaktion.

C. H., Hilden. Da Sie auf der Post abonniert haben, so müssen Sie sich dort beim Postamt beschweren; von hier aus wird Ihr Exemplar regelmäßig zur Post gegeben.

Anzeigen.

Der Arbeitsnachweis
der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Berlins
befindet sich **Neue Friedrichstraße 86,** 1, Telephonamt 5 Nr. 1564. Geöffnet von 8—1 vormittags und 3—6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.

Verein Lithographia, Nürnberg.
Vereinslokal: **„Gold'ne Krone“**, Heugasse. Jeden **Donnerstag** Vereinsabend.

Unserem langjährigen Freund und Kollegen, dem Steindrucker
Herrn A. Gutmann
sagen bei dessen Abreise von hier ein
herzliches Lebewohl
und wünschen demselben das beste Fortkommen.
Die Kollegen in Konstanz.
J. A.: Paul Schlegel.

Künstliche Gebisse,
Plombieren, Zahnziehen, Reinigen 2c. unter Garantie. Teilzahlung gestattet.
C. Gedicke,
Berlin N., Streliterstraße 52.

Leipzig, Restaurant „Graphia“
Verkehrslokal aller graphischen Arbeiter.
Jeden **Freitag** **Elitetag.**
Hierzu ladet ergebenst ein **H. Grellmann.**
Frauen-Abend.